

Überschüsse sollen an die Bürger zurückfliessen

Im Kanton Zürich lancieren die Jungfreisinnigen eine neue Steuerinitiative – nach Basler Vorbild, wo sogar die SP zugestimmt hat

ZENO GEISSELER

Die Befürworter von Steuersenkungen haben im Kanton Zürich einen schweren Stand. Erst vor knapp zwei Monaten haben die Stimmberchtigten Nein gesagt zu einer Reduktion der Unternehmenssteuern. Dabei verlangt Zürich schweizweit die höchsten Tarife.

Nun nehmen die Zürcher Jungfreisinnigen einen weiteren Anlauf. Sie sammeln ab sofort Unterschriften für eine neue Volksinitiative. Diese ist aber nicht als Reaktion auf das Nein vom 18. Mai zu verstehen, sondern ein Vorhaben, das schon viel länger in der Pipeline war.

Der Hintergrund ist, dass die Kantone in den letzten Jahren viel bessere Abschlüsse als budgetiert präsentiert haben. Der Kanton Zürich etwa hatte für das Corona-Jahr 2021 ein riesiges Defizit von über 900 Millionen Franken veranschlagt. Tatsächlich schloss er die Rechnung mit einem Überschuss von gut 750 Millionen Franken ab – eine Differenz von über anderthalb Milliarden Franken. Im Jahr darauf war es ganz ähnlich: Eine halbe Milliarde Minus angesagt, am Ende eine halbe Milliarde Plus verbucht. Eine Abweichung von einer Milliarde also.

Dass es dem Kanton viel besser lief als befürchtet, war damals kein Nachteil. Ausserdem war es besonders schwierig, abzuschätzen, was finanziell auf den Kanton zukommen würde. Doch das Muster findet sich auch ausserhalb der Covid-Jahre, und auch in anderen Kantonen. Immer wieder schliessen die Rechnungen viel besser ab als erwartet, und das sorgt querbeet für Kritik. Linke finden, die Regierung habe systematisch zu konservativ budgetiert und damit den Bürgern Leistungen vorenthalten. Bürgerliche betonen, der Staat habe den Steuerzahler mehr Geld abgenommen als nötig.

Auch bei roten Zahlen

Die Zürcher Jungfreisinnigen fordern nun, dass unerwartete Überschüsse künftig an die Steuerzahler rückertattet werden. Sowohl Privatpersonen wie Unternehmen sollen davon profitieren. Wenn der Kanton zum Beispiel ein Plus von 100 Millionen Franken budgetiert hat und er tatsächlich einen Überschuss von 400 Millionen Franken erzielt, dann soll er 300 Millionen Franken auszahlen. Dazu soll der Steuerauss gesenkt werden.



Die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich könnten in den Genuss von Steuerrückzahlungen kommen, wenn der Vorstoss der Jungfreisinnigen erfolgreich ist.

ANNICK RAMP / NZZ

Die Regel soll sogar dann zur Anwendung kommen, wenn der Kanton rote Zahlen schreibt. Auch wenn er ein Defizit von einer Milliarde Franken budgetiert hat und am Schluss «nur» ein Minus von 500 Millionen Franken erzielt, soll die Differenz ausgeschüttet werden.

Ein einschränkender Faktor ist die Verschuldung. Ist der Kanton hoch verschuldet, sollten unerwartete Überschüsse nicht oder nur zum Teil rückertattet werden. Nach dem Vorschlag der Jungfreisinnigen würde der Kanton Zürich aufgrund seiner Nettoverschuldung momentan knapp die Hälfte eines nicht budgetierten Überschusses rückvergütet. Im obigen Beispiel würden also nicht 300 Millionen Franken ausgeschüttet, sondern nur 150.

In der Initiative nicht vorgesehen ist ein Automatismus in die Gegenrichtung: Fällt der Jahresabschluss schlechter aus als budgetiert, gibt es also keine Nachschusspflicht. Stattdessen müssten dann wie heute Regierung und Parlament entscheiden, wie zu reagieren ist. Keine Fol-

gen hat die Initiative für die Gemeindefinanzen. Die Vorlage tangiert nur das kantonale Budget.

In Basel gäbe es 2500 Franken

Die Idee mit der Rückvergütung ist keine Erfahrung der Zürcher Jungfreisinnigen. Zürich ist auch nicht der erste Kanton, in dem sie zum Thema wird. In Basel-Stadt hat das Parlament eine ähnliche Vorlage bereits überwiesen. Basel ist deswegen spannend, weil nicht nur die üblichen Verdächtigen, also die Bürgerlichen, das Vorhaben im Parlament unterstützt haben, sondern sogar die Sozialdemokraten, wenn auch zähneknirschend. Die Basler SP-Finanzdirektorin Tanja Soland sagte in der Debatte, sie finde die Idee spannend.

Dabei geht es um ansehnliche Beträge. Die Basler Regierung hat ausgerechnet, dass in den letzten Jahren pro Kopf im Durchschnitt rund 2500 Franken ausgeschüttet worden wären, wenn es die Regelung schon gegeben

hätte. Die Basler Regierung ist nun daran, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie ein solches Modell im Detail umgesetzt werden soll.

Die Zürcher Jungfreisinnigen haben sich vom Basler Vorschlag inspirieren lassen. Würde ein Betrag von 425 Millionen Franken rückertattet, könnte ein Zürcher Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 200 000 Franken und einem Vermögen von 200 000 Franken mit rund 1600 Franken rechnen. Dies geht aus einem Rechenbeispiel der Jungfreisinnigen hervor. Das ist vergleichsweise viel Geld, allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass das gleiche Ehepaar mit Wohnsitz in der Stadt Zürich in einem gewöhnlichen Jahr rund 42 000 Franken an Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern ablieft.

Immer wieder gescheitert

Der liberale Think-Tank Avenir Suisse hat sich intensiv mit solchen Rückvergütungen beschäftigt. Aus sei-

ner Sicht wäre es grundsätzlich vorzuziehen, wenn ein Kanton die Steuern regulär senken würde. Aber die Hürden dafür seien oft hoch und die Prozesse langwierig, schreibt die Organisation in einem Bericht. Von ersten Diskussionen bis zur tatsächlichen Senkung könnten Jahre vergehen. Eine Rückvergütung von Überschüssen hingegen sei rasch umsetzbar und deshalb die zweitbeste Lösung. Avenir Suisse betont, dass ein Kanton auch mit dem neuen System weiterhin Überschüsse budgetieren – und behalten – kann. Denn rückertattet werde nur der Mehrertrag, der nicht beabsichtigt gewesen sei.

Es ist davon auszugehen, dass es den Jungfreisinnigen mühelos gelingen wird, die benötigten 6000 Unterschriften für ihre Initiative zu sammeln. Denn sie werden außer von ihrer Mutterpartei auch von der GLP und von der Jungen SVP unterstützt. Die SVP als grösste bürgerliche Kraft im Kanton Zürich dürfte die Forderung auch mittragen, sie ist in dieser frühen Phase aber noch nicht offiziell angefragt worden.

Auf einem anderen Papier steht, ob die Initiative an der Urne durchkommen wird. Die Zürcher Jungfreisinnigen sind in früheren Jahren mehrmals mit Steuerinitiativen gescheitert. Darunter war 2020 die Mittelstandsinitiative, mit der die Steuerbelastung gesenkt werden sollte. Die Jungfreisinnigen argumentierten schon damals, dass der Staat zu hohe Überschüsse erzielt und dieses Geld zurückgegeben werden müsse. Doch die Vorlage fiel durch. Sie kam auf nicht einmal 30 Prozent Ja-Stimmen.

Elias Pernet ist Co-Präsident der Steuerrabattinitiative. Er sagt: «Die Zusammenarbeit und Zustimmung der GLP zeigt, dass wir auch Mitte-Links überzeugen können. Ausserdem ist unser Vorhaben risikoarm, weil wir nur die strukturellen Überschüsse rückvergüteten. Der Staat muss deswegen keine Leistungen abbauen.» Pernet verweist zudem auf den Erfolg im eher linken Basel.

Claudio Zihlmann ist der Fraktionspräsident der FDP im Zürcher Kantonsrat. «Wir sind überzeugt, mit der Initiative eine grosse parteiübergreifende Unterstützung zu erhalten», sagt er. Zu viel bezahlte Steuern gehörten zurück an die Steuerzahler. «Das leuchtet jedem ein», sagt er. Die Jungfreisinnigen haben nun bis Anfang Januar 2026 Zeit, um ihre Unterschriften zu sammeln.